

Eltern gingen auf die Barrikaden

Menschen und Begebenheiten im Medenbach der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts / Der Schulstreik 1949

MEDENBACH

Dieter Hofmann vom Heimat- und Geschichtsverein Medenbach hat einige Erzählungen von Alt-Medenbachern über ihre Erinnerungen aufgezeichnet. Heute geht es um den Schulstreik im Ort im Jahre 1949.

Von
Dieter Hofmann

Jüngere werden sich verwunden die Augen reiben und sagen: „Medenbach hat doch gar keine Schule!“ Ältere aber können sich vielleicht noch an die aufregenden Tage im Juni 1949 erinnern – und natürlich an das Gebäude, in dem bis 1964 die Dorfschule war. Heute befinden sich dort die Filiale der Naspa und das Heimatmuseum.

Medenbach war 1949 einige Wochen lang überregional im Gespräch, veröffentlichten doch die Frankfurter Rundschau, die Hessische Lehrerzeitung und die Neue Zeitung (eine von der amerikanischen Besatzungsmacht herausgegebene, qualitativ hochwertige Zeitung mit deutschen Autoren) ausführliche Berichte und Kommentare über das für diese Zeit ungewöhnliche Ereignis.

Ein Beitrag war mit „Flachs-

Zu Großmutterzeiten

mann in neuer Fassung“ betitelt, er knüpfte an ein Anfang des vorigen Jahrhunderts populäres Theaterstück von Otto Ernst über Schulverhältnisse in der Wilhelminischen Zeit an. Der Stoff wäre auch für die Theatertruppe des Medenbacher Heimatvereins ein Gewinn.

Doch zur Sache. Durch Zugang von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen besuchten 1949 auch 16 katholische Kinder unter insgesamt 78 Schülern die Dorfschule. Der seit 1922 im Ort tätige Lehrer Ernst Pfeifer (streng, älter, mit Bürstenhaarschnitt und überlauter, harter Stimme, zu Kaisers Zeiten ausgebildet) hatte mit Lehramtsanwärter Giersdorf 1948 einen ebenfalls evangelischen, aber jungen (31 Jahre alten) und sowohl bei Eltern und



Lehrer Ernst Pfeifer beim Unterricht in der Medenbacher Schule etwa im Jahre 1950, kurz zuvor gab es dort einen Streik. (Foto: privat)

Schülern beliebten Kollegen bekommen. Dieser sollte nun versetzt werden. Für die katholischen Schüler müsse auch eine Lehrkraft mit katholischer Konfession an der Schule sein, dies habe der katholische Pfarrer von Bremthal so veranlasst, hieß es.

Nein, es sei der Lehrer Pfeifer gewesen, der die Ablösung des Konkurrenten betrieben habe, erregten sich Eltern der Kinder im Dorf. Pfeifer blieben die Gerüchte nicht verborgen. Er war lange genug hier und seine Ehefrau Auguste war gebürtige Medenbacherin. So beschwerte er sich unter anderem bei seiner Gewerkschaft und zählte Fragen auf, die ihm von Vertretern der Militärregierung aus Hofheim und einer Journalistin gestellt worden waren. Heftig muss es da zugegangen sein. Ob der zuständige Schulrat mit ihm geschrottelt und ein Schwein bekommen habe (die schlimmen Kriegs- und Nachkriegsjahre waren noch sehr nahe), ob die Tochter Heiratsabsichten mit Herrn Giersdorf gehabt und dieser mit ihr geflirt habe, ob er während des Unterrichts Zeitung lese und so weiter.

Gegen die von Schulrat Burkhardt beabsichtigte Versetzung des beliebten Lehrers Giersdorf wehren sich die Medenbacher nun mit allen Mitteln. Anfang April übermittelt die Gemein-

devertretung dem Schulamt eine Resolution: Giersdorf müsse bleiben. Man hört nichts. Bis Ende Mai ein Besucher sich dem Bürgermeister als neuer Lehrer vorstellt. So erfährt auch Giersdorf von seiner geplanten Versetzung zum 1. Juni.

Das Dorf ist außer sich. Die Kinder bleiben zu Hause, das Wort vom „Schulstreik“ geht um. Die Elternschaft, angeführt von Flüchtling E. Wolf, verfasst eine neue Resolution mit der Forderung auf Wiedereinsetzung des Lehrers Giersdorf. Auf einer außerordentlichen Versammlung teilt Bürgermeister Noll mit, der Regierungspräsident lehne mit dem Hinweis ab, er habe mit dem neuen Lehrer für die ordnungsgemäße Erteilung des katholischen Religionsunterrichts zu sorgen, von einer Bestrafung der Eltern sei nur dann abzusehen, wenn die Kinder umgehend wieder zur Schule gingen.

Resolution der Eltern

Es kam zu heftigen Reaktionen, die Eltern sahen ihre verfassungsmäßigen Rechte verletzt. Insbesondere auch die Abwesenheit des Schulrats Burkhardt (es sei Samstagabend, er habe keine Fahrgeheimung) und Gerüchte, dieser wolle gegen Bürgermeister und Lehrer Giersdorf Strafantrag stellen, veranlassten die Eltern zu einer neuen Resoluti-

on, die Bürgermeister Noll dem Kultusministerium übergeben sollte: „Der Schulstreik wird so lange fortgesetzt, bis die Versetzung rückgängig gemacht ist. Die Elternschaft bittet um die beschleunigte Entsendung eines Vertreters des Kultusministeriums und des Schulrats Burkhardt, die in der Lage sind, ihr die tatsächlichen Gründe für die Versetzung darzulegen.“

Am 15. Juni kam es zur geforderten Versammlung mit Regierungsrat Goedtker und Schulrat Burkhardt im Saal des Dorfgasthauses. Überraschend eingefunden hatten sich auch Vertreter der Militärregierung, die mit Professor Fleischer/USA einen bekannten Staatsrechtler mitbrachten. Zunächst versuchte Regierungsrat Goedtker, sich sowohl gegen die Anwesenheit der Amerikaner als auch der Presse zu wehren – die Militärregierung habe erklärt, dass es sich um eine rein deutsche Angelegenheit handele und die Presse berichte nicht objektiv genug – ließ davon dann aber ab.

Es wurden noch einmal die Begründungen vorgetragen: Forderung des katholischen Pfarrers im Namen der katholischen Flüchtlingseltern, die sich angeblich bis ans bischöfliche Ordinariat wenden wollten, wenn ihnen der katholische Lehrer nicht zugestanden würde und mehr. Dem wider-

sprachen heftig die anwesenden katholischen Flüchtlingseltern, die erklärten, keiner von ihnen sei beim Pfarrer gewesen, und die Versetzung würde sich nachteilig auf die Kinder auswirken. Professor Fleischer trat vermittelnd auf, auch nach dem Regierungsrat Goedtker erklärte, keine Konzessionen machen zu können. Er regte die Bildung einer Kommission an, mit dem Ziel, über Gespräche eine Lösung zu finden – modern gesprochen: eine Mediation.

Obwohl die Eltern von der Zwecklosigkeit dieser Kommission überzeugt waren, wählten sie Vertreter. Unzufrieden und mit dem Gefühl, dass von der Regierung aus formellen und Machtgründen ein Diktat durchgedrückt würde, gingen sie nach Hause. Der Schulstreik wurde unterbrochen und nicht fortgesetzt. Lehrer Bernhard erhielt die „katholische Stelle“.

Hart ging die Lehrgewerkschaft GEW in ihrer Zeitung mit den Medenbachern ins Gericht und trug der Regierung in Wiesbaden vor, der Fall Medenbach sei ein Symptom. „Er zeugt davon, wohin es führt, wenn Bürgermeister sich als Dorf- und Schulgewaltherrn fühlen und aufspielen – als neue ‚Ortsgruppenleiter‘ in demokratischem Gewande.“

Kritik der Gewerkschaft

Die Herren der Militärregierung hätten den Treibern zum Schulstreik, namentlich dem Heimatvertriebenen E. Wolf, klar machen müssen, dass auch eine gesunde Demokratie staatlicher Ordnung und Disziplin nicht entbehren könne. Man müsse Lehren ziehen und Strafantrag gegen Bürgermeister Noll wegen Überschreitung seiner Amtsbefugnisse und auch gegen den Elternsprecher E. Wolf wegen Anmaßung von Amtsgewalt stellen. Bei der Militärregierung in Wiesbaden solle man vortragen, „dass ihre lokalen Faktoren sich in Zukunft jeder Einmischung in interne Schul- und Verwaltungsangelegenheiten enthalten möchten“. Und auch auf die Berichterstatlerin in der „Neuen Zeitung“ müsse ein Gerichtsverfahren wegen Verbreitung haltloser Gerüchte zukommen.

Hart und unübersichtlich konnte es zugehen in den ersten Nachkriegsjahren. Ob es zu den Gerichtsverfahren gekommen ist, ist leider nicht festgehalten.